

Bericht zum Stand der Auflösung des Bezirksamtes K.-M.-Stadt für Nationale Sicherheit (Stand vom 12.1.90)

Am 17. 1. konstituierte sich der Arbeitsausschuß zur Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit in der Dienststelle des Amtes auf dem Kaßberg. Er besteht aus Vertretern, die alle namentlich durch den Runden Tisch des Bezirkes bestätigt wurden. Die Altparteien sind durch 1 bis 2 Vertreter, die oppositionellen Gruppierungen durch 2 bis 3, (Neues Forum: 4 Vertreter) im Arbeitsausschuß vertreten. Mitglieder von Bürgerkomitees, die noch nicht durch den Runden Tisch bestätigt waren, erhielten zunächst Beobachterstatus. Regierungsseitige Mitglieder des Arbeitsausschusses sind:
Ruthard Riedel, Regierungsbeauftragter
Oberst Fischer, MdI

Staatsanwalt des Bezirkes

Militärstaatsanwalt Leipzig

Als Vorsitzender des Arbeitsausschusses wurde Martin Böttger (Neues Forum) gewählt.

Der Arbeitsausschuß bildete 5 Arbeitsgruppen:

1. Sicherung und Überführung aller Akten des ehemaligen Amtes in das künftige Objekt des Staatsarchivs Dresden-K.-M.-Stadt; Analyse jener Unterlagen, die zunächst der BdVP, Abt. K, zur weiteren Arbeit im Kampf gegen Terrorismus übergeben werden.
2. Überführung der Waffen an die BdVP, sowie Kontrolle der Übergabe von Bauwerken an zivile Rechtsträger
3. Abbau, Inventarisierung und Wiederverwendung der Nachrichtentechnik und anderer hochwertiger Technik (z.B. Videokameras).
4. Untersuchung der Befehlslage der Strukturen und der sicherheitspolitischen Aufgabenstellung des MfS sowie Rehabilitierung geschädigter Bürger
5. Personelle Probleme und Finanzlage des Amtes

Als Gesamtaufgabe sieht der Arbeitsausschuß folgenden zwei Schwerpunkte für seine Arbeit:

- gesellschaftliche Kontrolle der Auflösung der Stasi/Nasi und Überführung in zivile bzw. in VP-Verantwortung
- Offenlegung der Befehlsstruktur der gesamten, nach innen gerichteten Tätigkeit des ehemaligen MfS

Während der gesamten Arbeit muß der Personenschutz gesichert sein. D.h. der Ausschuß wacht auch über das verfassungsmäßige Recht der Unantastbarkeit der Person. Zu diesem Zweck werden alle Mitglieder verpflichtet, Verschwiegenheit über ihnen

bekanntgewordene Personendaten zu wahren. Damit dürfen sie beispielsweise nicht die Namen inoffizieller Mitarbeiter (sogen. IM) weitergeben. Das schließt natürlich nicht aus, daß Namen der IMs der Staatsanwaltschaft im Rahmen der Anzeigeerstattung übergeben werden. Die Verpflichtung zur Verschwiegenheit betrifft auch die Aufklärung (nach außen gerichtet, d.h. Spionage) und die militärische Sicherheit. (siehe Anlage)

Der Regierungsbeauftragte gab einen Bericht über den gegenwärtigen Stand der Auflösung. Danach wurden alle Akten, z.T. unter Kontrolle von Bürgervertretern, gesichert. Schätzungen ergaben einen Umfang von 550 t (Tonnen!) Aktenmaterial.

Personalstand: Von 3719 hauptamtlichen Mitarbeitern wurden bis zum 5.1. 1440 entlassen. Die verbleibenden sind für Paßkontrolle vorgesehen (neue Grenzübergänge), sowie für Dienstleistungskombinat und VEB Taxi. Alle Mitarbeiter der aufgelösten Kreisämter sind beurlaubt und befinden sich auf Arbeitsplatzsuche.

Am 12. 1. erfolgte der Abtransport der Waffen unter Kontrolle der Arbeitsgruppe 2 des Ausschusses. Sie werden in einem VP-Lager deponiert und sollen später der NVA zugeführt werden, falls sie nicht der Vernichtung anheim fallen.

Ebenfalls am 12. 1. konnten Mitglieder des Ausschusses die Auswertungszentrale der Diensteinheit XX besichtigen. Dort laufen alle möglichen Personendaten, u.a. auch die "Andersdenkender" zusammen. Die meisten Akten sind personenbezogen. Es gibt aber auch sachbezogene Akten, wie z.B. jedes Jahr eine über die Friedensdekade. Interessant war auch die Akte "NEUES FORUM", die, obwohl sie nur von Mitte September bis Mitte November geführt werden konnte, immerhin einigen Umfang angenommen hatte. Sie enthält vor allem Spitzelberichte und Personendaten von Gründungsmitgliedern im Bezirk Karl-Marx-Stadt. Spitzel, sogenannte inoffizielle Mitarbeiter (IM) treten in allen Akten nur unter ihren Decknamen auf.

Der Regierungsbeauftragte, Herr Riedel schätzt ein, daß bei zügiger Arbeitsweise die Auflösung des Bezirksamtes für Nationale Sicherheit im April abgeschlossen werden kann, d.h. der Termin 20. Juni zu unterbieten ist.

Nächste Sitzung des Ausschusses ist am 19.1., die AG 1 trifft sich bereits am 16.1. in der Bezirksverwaltung Wismut (Jagdschänkenstraße) zur Aktensichtung.

M. Rötze